

Berlin: Abschied von einer geteilten Stadt?

Schulz, Marlies

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schulz, M. (1998). Berlin: Abschied von einer geteilten Stadt? *Europa Regional*, 6.1998(1), 2-14. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48312-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Berlin – Abschied von einer geteilten Stadt ?

MARLIES SCHULZ

Die Beantwortung dieser Frage hat mehrere Komponenten, so zum Beispiel eine politische, eine ökonomische, eine soziale und eine räumliche. Sie ist deshalb eng mit politischen, ökonomischen und sozialen Regelungen zur Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Stadthälften¹ in solchen Lebensbereichen wie Wohnen, Arbeiten, Verkehrsmöglichkeiten, Versorgung mit sozialen Leistungen verbunden. Den Schwerpunkt der Ausführungen bildet die Frage: Wie bezieht die Bevölkerung der beiden Stadthälften die jeweils andere Stadthälfte in ihren Aktionsraum ein?

Die Größe der Stadt ist ein wesentliches Element bei der Einbeziehung der Stadt in den Aktionsraum seiner Bewohner. Je größer eine Stadt ist, desto geringer ist der prozentuale Anteil der Kenntnisse des einzelnen Bewohners von der Stadt. Für Berlin ist festzustellen, daß mit einer Fläche von 889,1 km² nicht die gesamte Fläche der Stadt den Aktionsraum des einzelnen Bewohners darstellt. Berlin ist um ein Vielfaches größer als zahlreiche Städte in Deutschland und entspricht in etwa der Fläche des Ruhrgebietes.

Neben der Größe der Stadt sind für das Erfassen und Aneignen des Stadtraumes durch die Bewohner die im Sozialisierungsprozeß erworbenen Verhaltensgewohnheiten, Interpretationsmuster und Wertvorstellungen entscheidend. Aneignung eines Raumes geschieht durch den aktiven und selbstbestimmten Umgang mit räumlichen Gegebenheiten. Dabei werden der physikalische und der soziale Raum handelnd so erschlossen, daß eine Orientierung, also Handlungsentwurf und -realisation in diesem Raum möglich ist. Aneignung ist ein Kommunikationsprozeß. Die Frage der Aneignung eines Raumes beinhaltet zwei Aspekte: einerseits den Aspekt der gesellschaftlichen Barrieren der Aneignung und andererseits die Tatsache, daß Individuen und Gruppen unterschiedliche Aneignungsfähigkeiten besitzen, da bestimmte Räume von unterschiedlichen sozialen Gruppen je nach ihrer Sozialisation und ihrer soziokulturellen Si-

tuation verschieden wahrgenommen, verfügbar gemacht und bewertet werden.

Für Berlin ist durch die politisch bedingte Teilung der Stadt der Aspekt der gesellschaftlichen Barrieren für die Bewohner von besonderer Bedeutung. Um Veränderungen im Aktionsraum der Bewohner beider Stadthälften adäquat beurteilen zu können, ist es notwendig, die Ausgangssituation zu betrachten. Vor dem historischen Hintergrund der spezifischen Situation der Stadt sind verschiedene Phasen des Lebens hinsichtlich der Kontaktmöglichkeiten der Bewohner mit der jeweiligen anderen Stadthälfte zu unterscheiden. Mit der Bildung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 veränderten sich die Lebensbedingungen für die Bewohner Berlins, verglichen mit der Situation vor dem II. Weltkrieg, in drastischer Weise. Von diesem Zeitpunkt an lassen sich vier Phasen bezüglich der Unterschiedlichkeit der Ausprägung der Aktionsräume der Bewohner der Stadt wegen der Verschiedenartigkeit der gesellschaftlichen Barrieren ausweisen (Tab. 1). In den folgenden Aus-

Phase	Zeitraum
1. Phase	1949 bis 13.8. 1961 (Mauerbau)
2. Phase	13.8. 1961 bis 3.6. 1972 (Inkrafttreten des Viermächteabkommens und der deutsch-deutschen Vereinbarungen)
3. Phase	3.6. 1972 bis 9.11. 1989 (Fall der Mauer)
4. Phase	nach dem 9.11. 1989

Tab. 1: Phasen der Kontaktmöglichkeiten der Bewohner der beiden Stadthälften Berlins mit der jeweiligen anderen Stadthälfte

Quelle: nach Hofmeister 1990

führungen werden wesentliche Bedingungen der Raumaneignung für die Bewohner der beiden Stadthälften in den vier Phasen dargestellt.

1. Phase: 1949 bis 13.8.1961 (Mauerbau)

Die politische Teilung der Stadt führte zu einer 45,9 km lange Sektorengrenze zwi-

schen dem Sowjetischen Sektor und den übrigen drei Sektoren. Von den damaligen 20 Verwaltungsbezirken wiesen 14 Verwaltungsbezirke Grenzen zwischen den beiden Stadthälften auf. Im Sowjetischen Sektor waren das die Bezirke Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Treptow und Pankow und in den übrigen Sektoren die Bezirke Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Spandau, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Neukölln und Reinickendorf. Die erste Phase war dadurch gekennzeichnet, daß für die Bewohner beider Stadthälften die Möglichkeit des freien Zuganges der jeweiligen anderen Stadthälfte bestand. Eine Verbindung war durch die öffentlichen Verkehrsmittel (S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn) gegeben. Die S-Bahn unterstand in ganz Berlin der Verwaltung der Deutschen Reichsbahn der sowjetischen Zone und später der DDR. Sie unterhielt in Berlin-West 74 Bahnhöfe und in Berlin-Ost 48 Bahnhöfe (Abb. 1). 1960 hatte das S-Bahnnetz von Berlin und den Randgebieten Berlins eine Länge von 328,9 km (Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1961). Die U-Bahn wurde von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) (West) bzw. (Ost) unterhalten und verwaltet. Täglich überquerten ca. 500.000 Personen an den 81 Übergangsstellen die Sektorengrenze (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 1964).

In den beiden Stadthälften existierten unterschiedliche Währungen. Je nach Angebot und Nachfrage konnte in den in Berlin-West errichteten Wechselstuben Geld zu dem jeweiligen Kurs in beiden Richtungen getauscht werden. So schwankte beispielsweise der Wechselkurs für den Tausch von einer DM West im Jahre 1950 zwischen 7.50 DM Ost und 4.95 DM Ost

¹ Für Berlin-West und Berlin-Ost wird jeweils der Begriff Stadthälfte verwendet, um sprachlich zum Ausdruck zu bringen, daß beide Teile in Vergangenheit und Gegenwart ein Ganzes (Berlin) bildeten und bilden, obwohl sie einige Jahrzehnte getrennt waren. Damit wird nicht eine Flächengleichheit vorausgesetzt. Der Begriff Stadtteil wird für Teilräume der gesamten Stadt verwendet (z.B. Innenstadt, Schöneberg).

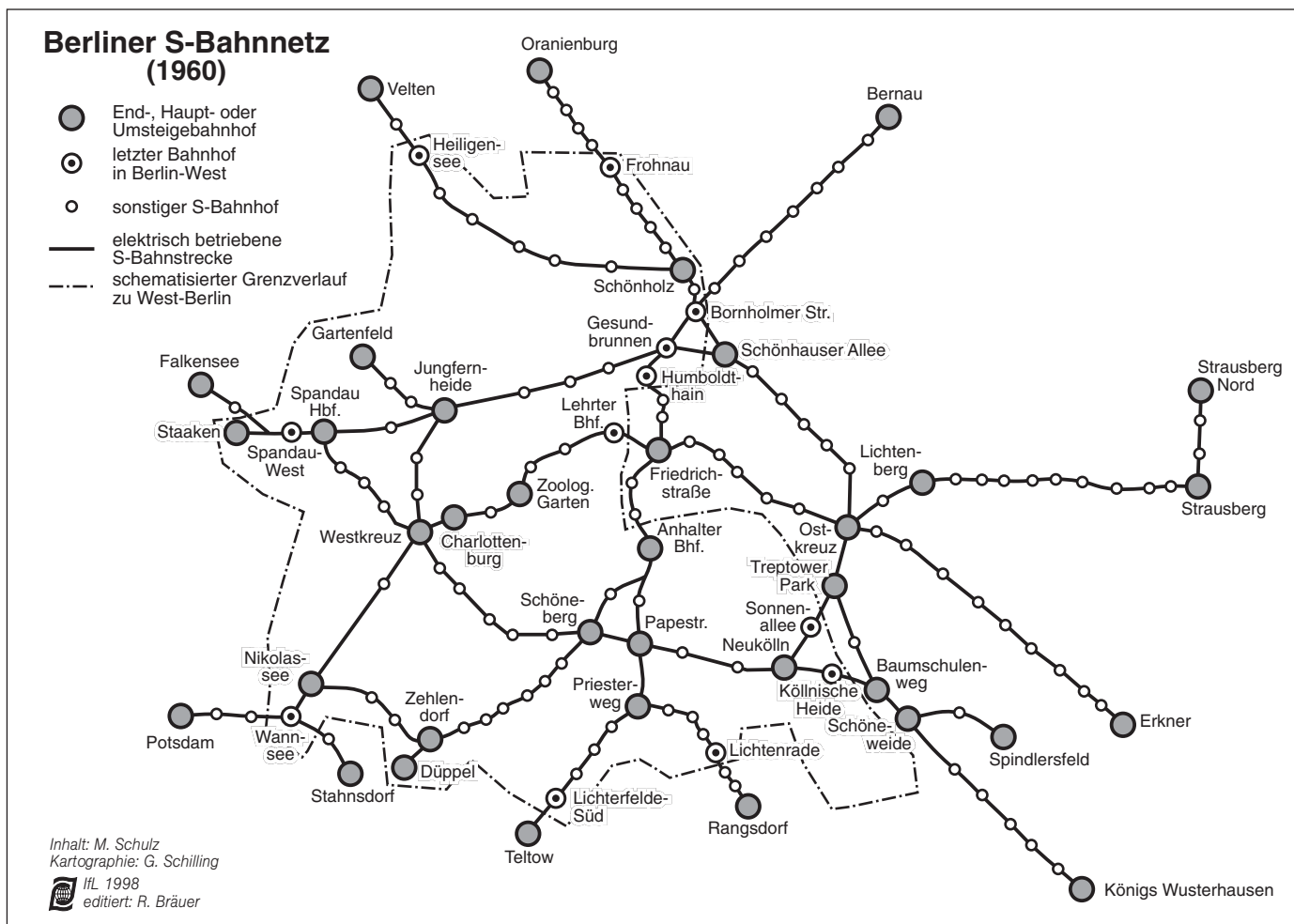


Abb. 1: Das Berliner S-Bahnnetz 1960

Quelle: Verlag Schaffmann u. Kluge; Gottwaldt 1994) und eigene Bearbeitung

(Berlin in Zahlen 1951). Zwischen beiden Teilen der Stadt existierte eine Arbeitspendelwanderung – die beteiligten Personen wurden als Grenzgänger bezeichnet. Um die Lohnschwierigkeiten der Arbeitspendler wegen der unterschiedlichen Währungen in der Stadt zu mildern, wurde eine Lohnausgleichskasse gebildet. Arbeitnehmer aus Berlin-Ost, die in Berlin-West arbeiteten, erhielten einen Teil ihres Lohnes in D-Mark Ost. Analog wurde im

umgekehrten Falle verfahren. Die Entwicklung der Zahl der Grenzgänger belegt *Tabelle 2*.

Insgesamt gab es 1952 rund 75.000 Grenzgänger. Die Zahl sank bis 1959 auf rund 52.000 Personen. Das Arbeiten in der östlichen Stadthälfte von in Berlin-West wohnenden Personen war wegen des Wechselkurses wenig attraktiv. Aus diesem Grunde nahm die Zahl dieser Personen seit 1952 ständig ab. Die Arbeitspendelwanderung in der anderen Richtung war jedoch aus finanziellen Gründen sehr erstrebenswert, da ein Teil des Lohnes in DM West gezahlt wurde und damit die Möglichkeit des Umtausches in DM Ost bestand. Wegen des existierenden Umtauschkurses war der Lohn so wesentlich höher als bei einer Tätigkeit in Berlin-Ost.

Ab 1952 war ein Telefonverkehr zwischen beiden Stadthälften wegen der geringen Anzahl der Leitungen nur sehr eingeschränkt möglich und die Bewohner von Berlin-West konnten die übrigen Bezirke der DDR nicht mehr betreten. Dieses hatte zur Folge, daß die Gebiete des Umlandes

der Stadt in den Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder nicht mehr aufgesucht werden konnten. Die Bewohner von Berlin-West konnten sich nicht mehr in den traditionellen Naherholungsgebieten der Umgebung Berlins erholen, d.h. daß auch die Eigentümer von Kleingärten und Wochenendhäusern diese nicht mehr nutzen konnten. Der Aktionsraum der Bevölkerung von Berlin-West wurde dadurch erheblich eingeschränkt.

Die Aneignung des Raumes des jeweiligen anderen Stadthälfte war abhängig von der politischen Einstellung und Einbindung des Einzelnen in das jeweilige politische System. Für Mitarbeiter von einigen öffentlichen Einrichtungen (Behörden) in beiden Teilen der Stadt war ein Besuch im anderen Teil untersagt. Für die Bewohner von Berlin-Ost war die andere Stadthälfte im Sinne der politischen öffentlichen Wertung ein verbotener Raum (direkt oder indirekt). Die Intensität der Aneignung des Raumes der anderen Stadthälfte war auch abhängig von der Intensität privater Beziehungen zu Bewohnern (Familie, Freunde) der anderen Stadthälfte.

Jahr	Arbeitspendler aus Berlin-West	Arbeitspendler aus Berlin-Ost
1952	44.375	30.990
1953	28.327	30.889
1954	24.520	31.600
1955	16.616	33.659
1956	15.401	36.450
1957	14.731	41.201
1958	13.852	40.031
1959	13.420	38.224

Tab. 2: Arbeitspendler zwischen Berlin-West und Berlin-Ost 1952-1959

Quelle: Statistisches Jahrbuch Berlin der Jahrgänge 1953-1960

te. Ca. 70 % aller Berliner hatten irgendwelche persönlichen Beziehungen zu Menschen, die in der anderen Stadthälfte lebten (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 1964). Die Intensität war außerdem abhängig von der Lage des Wohnortes zur anderen Stadthälfte. Je weiter entfernt der Wohnort von der anderen Stadthälfte entfernt war, desto geringer war die Intensität der Aneignung dieser Stadthälfte. Von den Personen, die damals in der Stadt lebten und 1961 über 10 Jahre alt waren (1989 waren diese älter als 38 Jahre), haben sicherlich die meisten Erfahrungen und Erinnerungen aus dieser Zeit. Je länger und intensiver die Zeit der Aneignung des Raumes ist, desto stärker ist auch die soziale und kulturelle Verortung des Einzelnen. Eine große Zahl dieser Personen wird den Mauerbau als eine Einschränkung ihres Aktionsraumes in der Stadt empfunden haben. Diese Personen hatten 1989 biographische Ressourcen für die Aneignung des Raumes.

2. Phase: 13.8.1961 bis 3.6.1972 (Inkrafttreten des Viermächteabkommens und der deutsch-deutschen Vereinbarungen)

Die zweite Phase begann mit dem Bau der Mauer am 13.8.1961. Von diesem Tage an wurden alle direkten Verbindungen zwischen beiden Stadthälften getrennt. Von dem größten Teil der Bevölkerung beider Stadthälften war diese Situation für unvorstellbar gehalten worden. Der Bau der Mauer führte bei vielen Personen zu einschneidenden Veränderungen in ihrem Aktionsraum. Systematisch wurden von der DDR Grenzbefestigungsanlagen um Berlin-West errichtet. Von den 81 innerstädtischen Übergangsstellen blieben lediglich sieben Übergangsstellen erhalten, die jeweils nur für bestimmte Personengruppen (wie Ausländer, Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland, Bewohner aus Berlin-West) benutzbar waren. Mit dem 13. August 1961 wurde der S-Bahnverkehr in der Stadt unterbrochen. Alle Linien, die die Grenze überquerten, wurden von der Reichsbahn auf den letzten Bahnhöfen in Berlin-West bzw. in Berlin-Ost unterbrochen. Davon waren acht Linien betroffen. Lediglich über den Bahnhof Friedrichstraße erfolgte ein Pendelverkehr zwischen Berlin-West und Berlin-Ost. Die Züge aus Berlin-West, die auf dem Bahnhof Friedrichstraße ankamen, hielten auf einem separaten Bahnsteig, der nicht für die Fahrgäste von Berlin-Ost betretbar war. Auch die U-Bahn stellte den Verkehr zwischen beiden Stadthälften ein.

Davon waren vier U-Bahnlinien betroffen. Zwei der Linien, deren Endbahnhöfe in Berlin-West lagen, hielten ihren Betrieb aufrecht, wobei die in Berlin-Ost liegenden Bahnhöfe ohne Halt unterirdisch durchfahren wurden.

Erst zum Jahreswechsel 1963/64 war im Rahmen einer Passierscheinregelung ein zeitlich befristeter Besuch für Bewohner von Berlin-West bei Verwandten in Berlin-Ost nach einem sehr aufwendigen Antragverfahren möglich. Insgesamt 730.000 Personen aus Berlin-West stellten einen Besuchsantrag (Bundeszentrale für politische Bildung 1996). 1964, 1965 und 1966 erfolgten jeweils weitere Passierscheinregelungen für Bewohner von Berlin-West. Zur Realisierung dieser Besuche wurden an der Grenze von der DDR Übergangsstellen eingerichtet, die nach Ablauf der Sonderregelungen wieder geschlossen wurden. Ab 1964 wurde von Seiten der DDR-Regierung den Personen aus Berlin-Ost, die wegen ihres Alters für den Staat nicht mehr wirtschaftlich bedeutsam waren, eine Besuchsmöglichkeit in Berlin-West gestattet. Auch hier war eine Antragstellung bei der Polizei notwendig. Nach 1966 verschlechterten sich Bedingungen für die Bevölkerung von Berlin wieder. Nur noch in besonderen familiären Fällen (z.B. Todesfall) bestanden Besuchsmöglichkeiten auf Antrag für Personen von Berlin-West in Berlin-Ost. In der umgekehrten Richtung existierten keine Möglichkeiten.

3. Phase: 3.6.1972 bis 9.11.1989 (Fall der Mauer)

Die dritte Phase war geprägt durch das Inkrafttreten des Viermächteabkommens und der deutsch-deutschen Vereinbarungen. Im Ergebnis dieser staatlichen Regelungen verbesserten sich die Kommunikationsmöglichkeiten der Bewohner beider Stadthälften. So wurde der Telefonverkehr erweitert, wobei für die Bewohner von Berlin-West der Ortstarif zu zahlen war und für die Bewohner von Berlin-Ost ein Auslandstarif berechnet wurde. Die Besuchsmöglichkeiten wurden im Vergleich zu der vorherigen Phase verbessert. Sieben Straßenübergangsstellen, jeweils auf bestimmte Personengruppen beschränkt, wurden eingerichtet. Für Bewohner von Berlin-West bestand die Möglichkeit, die andere Stadthälfte, zeitlich begrenzt, zu besuchen. Bis 1984 waren maximal 30 Tage und ab 1984 dann 45 Tage im Jahr möglich. Bei dem Besuch in Berlin-Ost war ein Mindestumtausch von

D-Mark in Mark der DDR zum Kurs von 1:1 notwendig. Bis zum September 1989 erfolgten insgesamt 44 Mio. Besuche in Berlin-Ost (Bundeszentrale für politische Bildung 1996). Erst ab 1986 wurde auch Bewohnern von Berlin-Ost in besonderen familiären Fällen (z. B. Tod, Heirat, Geburtstag enger Verwandter) auf Antrag ein Besuch in Berlin-West genehmigt.

Für Bewohner von Berlin-West war der Besuch in der anderen Stadthälfte im wesentlichen eine freie Entscheidung. Sie mußten dabei mit einigen unangenehmen Situationen zum Teil mit Schikanen des Grenzpersonals rechnen. Der andere Teil der Stadt wurde auf diese Weise für viele Bewohner von Berlin-West zum „Angst-raum“. Andererseits führte der Besuch in Berlin-Ost und der Kontakt mit Personen aus dieser Stadthälfte nicht selten zu einem Gefühl der Aufwertung, da der Besucher über Dinge und Möglichkeiten (z.B. Reisen) verfügte, die für Personen aus Berlin-Ost nicht erhältlich bzw. möglich waren, aber gewünscht wurden.

Für die Bewohner von Berlin-Ost bestand keine Möglichkeit der freien Entscheidung des Aufsuchens der anderen Stadthälfte. Die Wahrnehmung dieses Raumes erfolgte indirekt über Erzählungen oder Berichte in den Medien der beiden deutschen Staaten. Diese Wahrnehmungen wurden entsprechend der politischen Einstellung der einzelnen Personen gewertet. Dabei stand jedoch selten eine räumliche Vorstellung im Vordergrund sondern Ereignisse, materielle oder geistige Güter. Bei vielen Personen, die Erinnerungen aus der Zeit vor 1961 hatten, wuchs das Gefühl eines Defizites, das jedoch häufig verdrängt wurde.

Beide Stadthälften besaßen innerhalb des jeweiligen staatlichen Systems eine Sonderstellung, die sich in vielen Sachverhalten äußerte. Berlin-West – kein Teil der Bundesrepublik Deutschland sondern nur im Geltungsbereich des Grundgesetzes – lag von der Bundesrepublik Deutschland isoliert, umgeben von der DDR, und war eine Stadt ohne ein unmittelbar angrenzendes Umland. Um die Stadt unter diesen Bedingungen lebensfähig zu halten, wurde 1962 von der Bundesregierung des Berlin-Hilfe-Gesetz verabschiedet, das im Jahre 1970 in das Berlin-Förderungs-Gesetz umbenannt wurde. Das Gesetz umfaßte Steuerpräferenzen, Kredit- und Finanzierungsprogramme, spezielle Bundesgarantien und Frachthilfen sowie Flugpreissubventionen für alle Flüge zwischen Berlin-West und dem Bundesge-

Jahr	Bundeshilfe (Mio. DM)	Anteil der Bundes- hilfe am Haushalts- volumen in %
1976	6.423,4	45,4
1977	7.010,7	46,7
1978	7.780,7	51,3
1979	8.426,0	52,4
1980	9.180,4	53,2
1981	9.746,8	54,2
1982	10.201,2	54,2
1983	10.540,0	53,9
1984	10.925,0	53,3
1985	11.294,0	52,1
1986	11.583,7	52,4
1987	11.956,0	52,0
1988	12.220,0	51,5
1989	12.528,5	49,9
1990	13.207,5	50,5
1991	14.469,0	37,6
1992	13.182,0	32,5
1993	10.083,1	23,0
1994	5.541,6	12,5

Tab. 3: Entwicklung der Bundeshilfe für Berlin-West (1976-1989) und Berlin (1990-1994)

Quelle: Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen 1997

biet. Die Arbeitnehmer in Berlin-West erhielten zusätzlich zum Arbeitslohn eine Arbeitnehmerzulage von 8 %. Außerdem bestand für männliche Personen nicht die Pflicht des Dienstes in der Bundeswehr. Die Entwicklung der Bundeshilfe für Berlin-West belegt *Tabelle 3*. Im Durchschnitt stellte die Bundeshilfe 50 % des Haushaltsvolumens von Berlin-West.

Berlin-Ost übte die Funktion der Hauptstadt der DDR aus. Damit konzentrierten sich hier zahlreiche Institutionen der Regierung. 1976 wurde vom Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die besondere Ausgestaltung Berlins als Hauptstadt der DDR beschlossen. In der Folge erhielt die Stadt enorme Investitionen, die sich u.a. in einem starken Anstieg des Wohnungsneubaus im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes der DDR und in einem über dem Durchschnitt des Landes liegenden Versorgungsniveau widerspiegeln.

4. Phase: nach dem 9.11.1989

Mit dem Fall der Mauer waren die gesellschaftlichen Barrieren zum Aufsuchen des

anderen Stadtraumes beseitigt. Für beide Stadthälften gilt, daß große Teile der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt keine Raumerfahrungen des anderen Teiles besaßen. Als Abschätzung der Größenordnung des Personenkreises könnte man die Zahl der Personen betrachten, die nach 1961 in beiden Stadthälften geboren wurden. Für Berlin-Ost sind das 44 % der Bevölkerung von 1989. Ergänzt man noch die Zahl der zugezogenen Personen, dann ist der Anteil der Bevölkerung ohne Raumerfahrung sicher in der Größenordnung von 60 %. Für Berlin-West ist diese Abschätzung wesentlich schwieriger. Nur 38 % der Bevölkerung sind nach 1961 geboren worden. Da für die Bewohner die Möglichkeit eines Besuches in Berlin-Ost existierte, ist zu erwarten, daß der Anteil der Personen, die keine Raumerfahrungen besitzen, geringer ist.

Für den größten Teil der Bevölkerung der beiden Stadthälften war der andere Stadtraum fremd. Entscheidend für die Aneignung des anderen Stadtraumes war die Beseitigung der räumlichen Barrieren entlang der innerstädtischen Grenze.

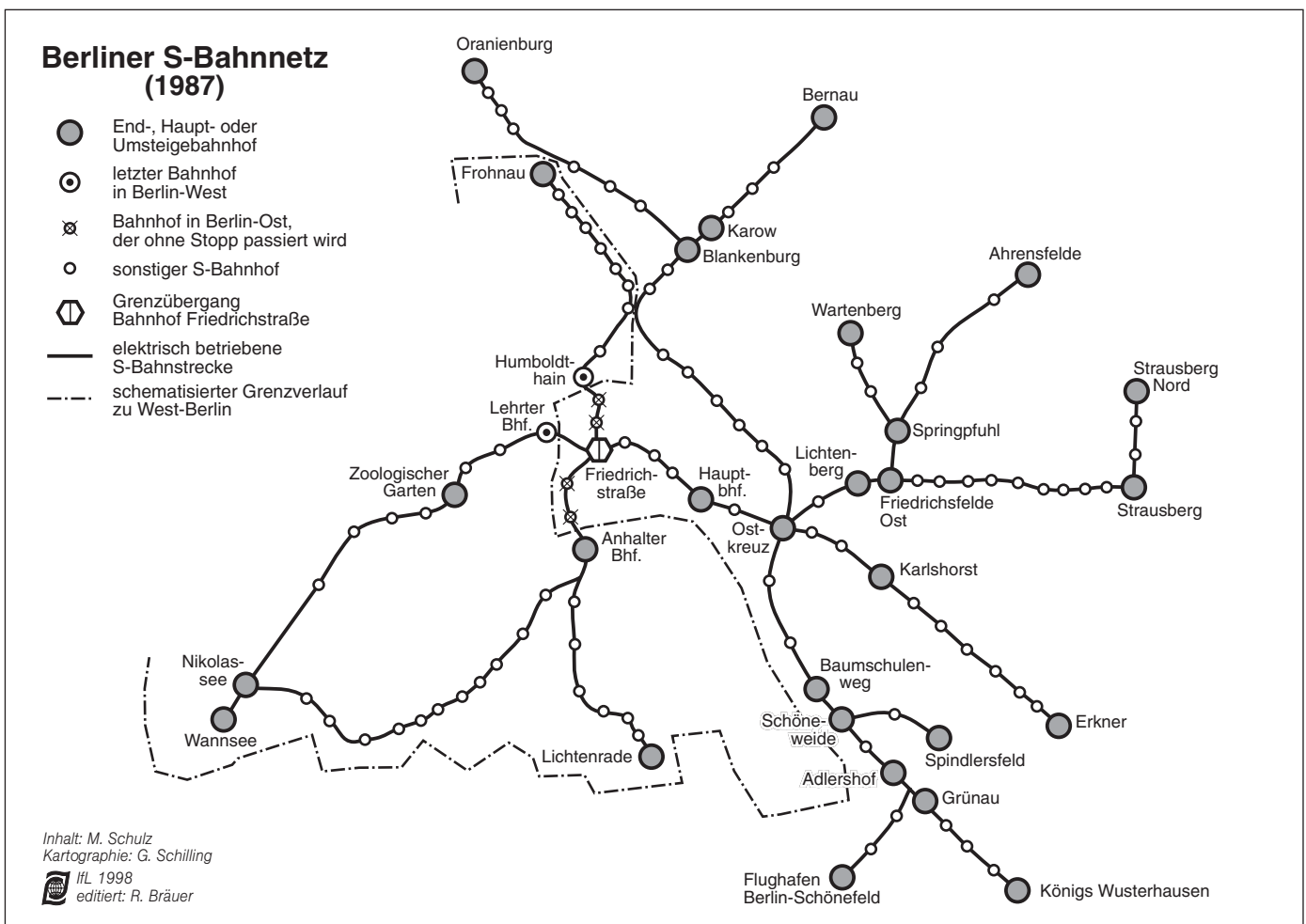


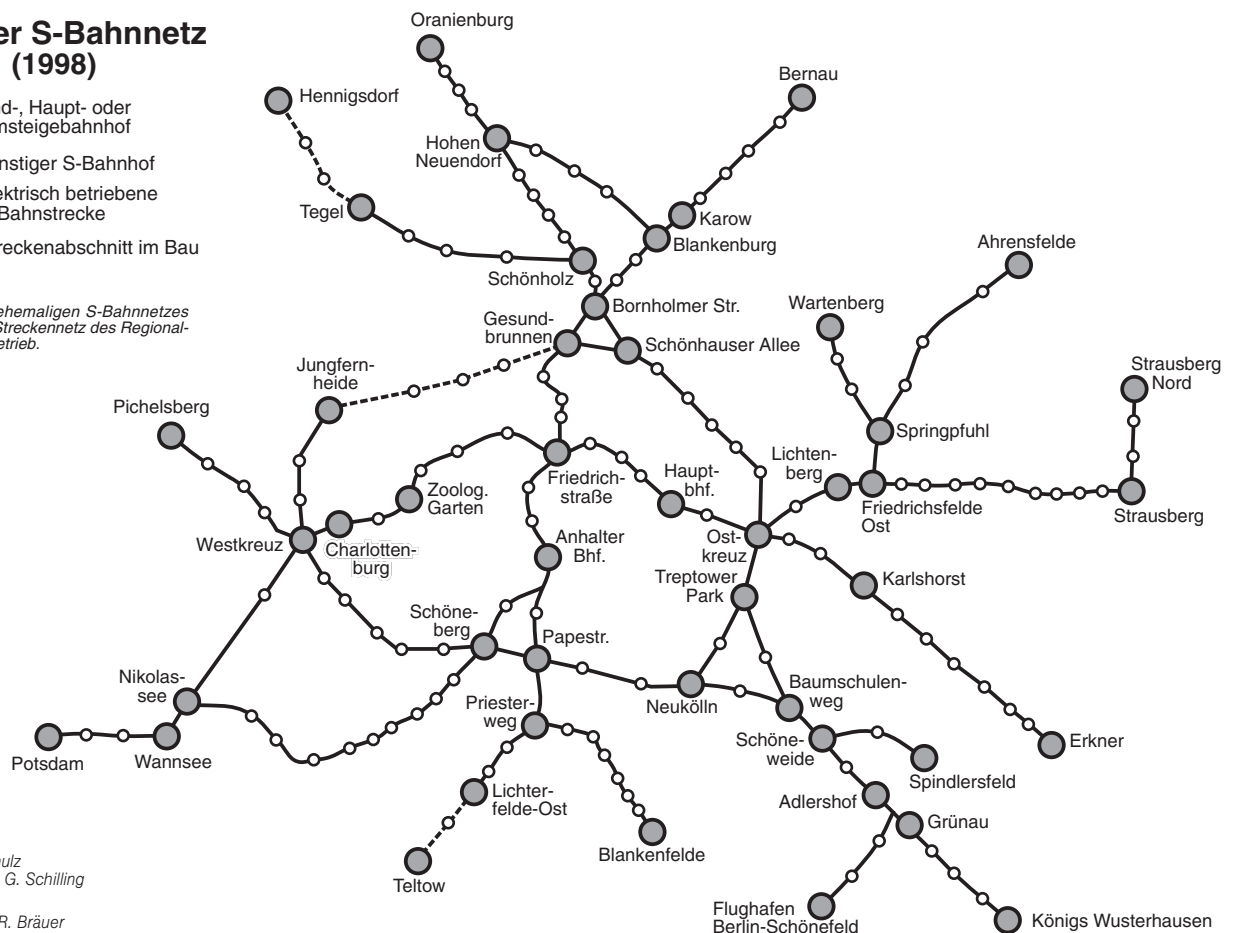
Abb. 2: Das Berliner S-Bahnnetz 1987

Quelle: Verlag Schaffmann u. Kluge; Gottwaldt 1994; VEB Tourist Verlag und eigene Bearbeitung

Berliner S-Bahnnetz (1998)

- End-, Haupt- oder Umsteigebahnhof
- sonstiger S-Bahnhof
- elektrisch betriebene S-Bahnstrecke
- - - Streckenabschnitt im Bau

Anmerkung:
Ein Teil des ehemaligen S-Bahnnetzes
ist heute als Streckennetz des Regional-
verkehrs in Betrieb.



Inhalt: M. Schulz
Kartographie: G. Schilling
IfL 1998
editiert: R. Bräuer

Abb. 3: Das Berliner S-Bahnnetz 1998

Quelle: Verlag Schaffmann u. Kluge; Gottwaldt 1994; BVG; Deutsche Bahn AG u. eigene Bearbeitung

Schon in den ersten Tagen nach dem 9. November 1989 wurden zu den bestehenden sieben sechs neue Grenzübergangsstellen geschaffen. Zu diesen gehörte das Brandenburger Tor, das am 22. Dezember 1989 eröffnet wurde. Am 31.3.1990 gab es 16 Grenzübergangsstellen zwischen beiden Stadthälften und 20 zwischen Berlin-West und dem Umland der Stadt. Die Grenzkontrollen wurden offiziell mit dem 30.6.1990 aufgehoben. Am 26. Juni 1990 beschloß der Magistrat von Berlin-Ost den Abriß der Berliner Mauer und die Wiederherstellung der unterbrochenen Straßenverbindungen in der Stadt (LEITINGER 1997). Schrittweise werden die Grenzanlagen beseitigt, so daß die Straßen wieder zu Verbindungen zwischen beiden Teilen wurden.

Bereits am 5. Dezember 1989 fand das erste offizielle Treffen der Bürgermeister der beiden Stadthälften statt. Im Juni des darauffolgenden Jahres wurde eine paritätisch besetztes Gremium, der „Ausschuß Einheit Berlin“, gebildet. Seit dem 1. Juli 1990 gibt es seit vielen Jahrzehnten wieder eine einheitliche Währung in der Stadt. Bis

zur politischen Vereinigung gab es noch eine Übergangsperiode, in der zwei Verfassungen, zwei Parlamente und zwei Regierungen existierten. Am 25.9.1990 wird das Gesetz verabschiedet, das die Ausdehnung der Zuständigkeit der Behörden von Berlin-West zum 3.10.1990 auf Berlin-Ost festlegt. Am 2. Dezember 1990 fanden in der Stadt die ersten gemeinsamen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Die politische Vereinigung war dann institutionell am 11. Januar 1991 mit der Konstituierung des Abgeordnetenhauses mit 150 Vertretern aus Berlin-West und 91 Vertretern aus Berlin-Ost abgeschlossen. Am 1. Oktober 1990 verlagerte der Senat von Berlin seinen Sitz von Schöneberg in das Rote Rathaus nach Berlin-Mitte (Bundeszentrale für politische Bildung 1996).

Die erste Zeit der Wiedervereinigung und der Erschließung des jeweils anderen Raumes war durch Neugierde, Auffrischen von Erinnerungen und Orientierungsversuche, vor allem von Ost nach West gekennzeichnet. Es war eine Phase der Euphorie.

Vor dem Senat stand eine Vielzahl von Aufgaben, deren Hauptziel die Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Stadthälften war. Das bedeutete u.a. die Wiederverknüpfung der Verkehrsnetze, Schaffung eines einheitlichen Schulsystems und Gesundheitswesens, Neustrukturierung der Hochschulen, Anpassung der Wohnungswirtschaft von Berlin-Ost an die von Berlin-West.

Nach und nach verbesserten sich die Verkehrsverbindungen zwischen beiden Stadthälften. Während der Teilung der Stadt in den Jahren von 1961-1989 hatte sich das Verkehrsnetz besonders in Berlin-West stark verändert. Es war dort eine Umorientierung erfolgt, indem das bis 1961 existierende Netz der S-Bahn mit seinem Ringsystem einen erheblichen Bedeutungsverlust durch die Verdichtung und Erweiterung des U-Bahn- und Omnibusnetzes erfuhr. Zahlreiche S-Bahnstrecken waren rückgebaut worden (Abb. 2). Der Verkehr der Straßenbahn war 1967 eingestellt worden. Mit der Aufhebung der Teilung der Stadt wurde am 2. Juli 1990 der

S-Bahnbetrieb zwischen Berlin-West und Berlin-Ost wieder aufgenommen und mit der Wiederherstellung des S-Bahnringes begonnen. 1989 nutzte die S-Bahn in Berlin-West nur noch 71,5 km des Schienennetzes, in Berlin-Ost dagegen 178,0 km. Das Berliner S-Bahnnetz erhöht sich im Zeitraum 1991-1995 von 249,5 auf 296,5 km. Im Jahre 2000 soll der S-Bahnring wieder geschlossen sein (Abb. 3). Seit Oktober 1995 verbinden zwei Straßenbahnlinien wieder beide Stadthälften. 1997 verkehren 24 der 151 Buslinien der Stadt zwischen beiden Stadthälften. Seit 1997 gibt es in der Stadt ein einheitliches Tarifsystem im öffentlichen Personennahverkehr. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Fahrtkosten für Bewohner von Berlin-Ost wegen der unterschiedlichen Einkommensstruktur der Bevölkerung in der Stadt geringer (Abb. 4).

Die einsetzenden Transformationsprozesse in allen Bereichen des Lebens in der Stadt führten zu markanten biographischen Brüchen und zu gravierenden Veränderungen in den Lebenszielen der Bewohner. Diese Aussage gilt überwiegend für die Bevölkerung von Berlin-Ost. Es erfolgte wie in den neuen Bundesländern eine Anpassung ostdeutscher an westdeutsche Lebensmuster. Es entstanden neue Ängste, neue Sorgen, aber auch neue Chancen. Das veränderte Leben in der Stadt erforderte neue Handlungsmuster und führte zu einer starken sozialen Differenzierung innerhalb von Berlin-Ost. Gleichzeitig verstärkten sich auch die sozialen Differenzierungen zwischen den beiden Stadthälften. Die Bewohner von Berlin-West konnten einerseits weitgehend ihre Lebensphilosophie beibehalten, andererseits bedingten der schrittweise Abbau der Berlin-Hilfe und der Wegfall der Berlin-Zulage auch für die Bewohner von Berlin-West Umstrukturierungsprozesse insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, die auch zu Veränderungen in den Wertvorstellungen, Handlungsmustern und in der Sozialstruktur der Bevölkerung führten. Den Abbau der Bundeshilfe belegt Tabelle 3. Ab 1995 wurde keine Bundeshilfe mehr an den Berliner Senat gezahlt.

Nach der Phase der Euphorie spielten die unterschiedlichen Erfahrungen und Wertvorstellungen der Bewohner beider Stadthälften im alltäglichen Leben in der Stadt eine wesentliche Rolle. Die verschiedenen Wertvorstellungen und Bewertungen der Stadt durch die Bewohner zeigen auch die Ergebnisse einer Untersuchung des Bielefelder Markt- und Meinungsfor-

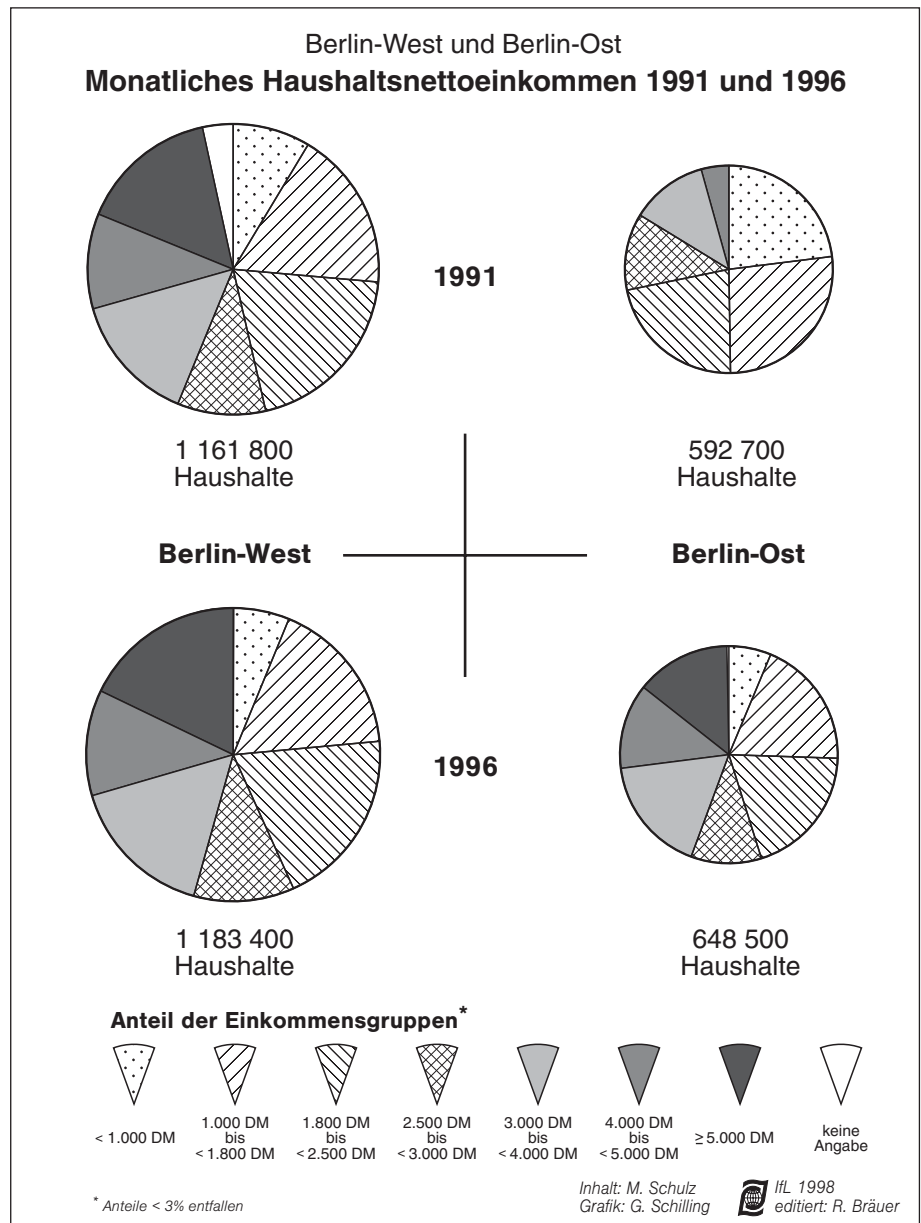


Abb. 4: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Berlin-West und Berlin-Ost 1991 und 1996
Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus 1991, 1996

schungsinstitutes Emnid zum Image der Region Rhein-Main. In diese Studie wurden andere Regionen zum Vergleich herangezogen, u. a. die Region Berlin in der Differenzierung Berlin-West und Berlin-Ost. Die Befragung von Bewohner von Berlin-West und Berlin-Ost erfolgte im Jahr 1992. Zu diesem Zeitpunkt war der Zufriedenheitsgrad in beiden Stadthälften offensichtlich sehr unterschiedlich, da 73 % der Bewohner von Berlin-West und nur 55 % der von Berlin-Ost gerne in der Region lebten. Während die Bewertung der Merkmale Gehaltsniveau, Verkehrsanbindung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln und Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten von den Bewohnern beider Stadthälften gleich und gut eingeschätzt wurden, lassen sich sehr unterschiedliche

Bewertungen für andere Merkmale feststellen (Tab. 4).

Nach der Euphorie folgte WAGNERS These vom Kulturschock entsprechend, eine Phase der Entfremdung zwischen beiden Bevölkerungsgruppen und der Eskalation, in der der jeweils anderen Kultur die Schuld für die veränderte Situation zugesprochen wurde und die eigene Kultur verherrlicht wurde (WAGNER 1996). Ausdruck dieses Zustandes ist u.a. das Ergebnis der Abstimmung zur Fusion der Länder Berlin und Brandenburg. Am 5. Mai 1996 konnte die Bevölkerung der Länder Berlin und Brandenburg in einer Volksabstimmung über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg entscheiden. Abstimmungsberechtigt waren in Berlin rund 2,48 Mio. Personen, in Brandenburg

Merkmal	Bewertung der Bewohner von Berlin-West	Bewertung der Bewohner von Berlin-Ost
gute Arbeitsplatzsituation	4,7	3,7
angenehmes Wohnangebot	3,8	5,2
gute Einkaufsmöglichkeiten	3,2	1,9
gute Verkehrsanbindung (Auto)	1,7	3,1
angenehme Mentalität der Bevölkerung	3,9	2,6

Bewertungsskala 1 = sehr gut; 7 = sehr schlecht

Tab. 4: Bewertung der Region Berlin durch die Bewohner von Berlin-West und Berlin-Ost 1992

Quelle: Umlandverband Frankfurt 1993

1,95 Mio. Personen. Grundlage der Volksabstimmung war der von den Regierungen der beiden Bundesländer 1995 geschlossene Staatsvertrag. In diesem Vertrag war vereinbart worden, daß nicht nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen in jedem Land notwendig ist, sondern daß diese Mehrheit auch mindestens jeweils ein Viertel der Abstimmungsberechtigten umfassen mußte. Nach den Ergebnissen der Volksabstimmung lehnte im Land Brandenburg mit nur 36,6 % Ja-Stimmen die Mehrheit der Abstimmenden den Vertrag ab. Im Land Berlin stimmte mit 53,6 % Ja-Stimmen die Mehrheit dem Vertrag über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes zu. Betrachtet man jedoch die Wahlergebnisse in den beiden Stadthälften Berlins, dann kann eine deutliche Zweiteilung festgestellt werden (Abb. 5). Die Bevölkerung der Bezirke von Berlin-West hat mit einem Anteil von 58,9 % Ja-Stimmen und die Bevölkerung der Bezirke in der anderen Stadthälfte hat mit nur 44,6 % Ja-Stimmen dem Vertrag zugestimmt. Damit hat die Bevölkerung von Berlin-Ost die Fusion beider Länder abgelehnt. Die Aussage gilt jeweils für alle Bezirke der beiden Stadthälften (Statistisches Landesamt Berlin, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg 1996).

Der potentielle Aktionsraum der Bewohner der Stadt hat sich nach der Aufhebung der Teilung der Stadt entscheidend vergrößert. Dieses gilt für die Bewohner von Berlin-West in stärkerem Maße als für die Bewohner der anderen Stadthälfte, da die neuen Bundesländer und damit das Umland von Berlin (in der Raumplanung der beiden Länder als engerer Verflechtungsraum bezeichnet) als Aktionsraum jetzt uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Aktionsräume sind relativ stabil, da das Handeln des Menschen einer gewissen Routine unterliegt. Veränderungen treten dann ein,

- wenn sich Wünsche ändern und damit neue Aktivitäten ausgeübt werden,

- wenn neue Gelegenheiten in den subjektiven Stadtplan aufgenommen werden und diese Gelegenheiten vorteilhafter sind oder wenn
- Personen zu anderen Aktivitäten gezwungen werden.

Für die Bewohner von Berlin treffen alle drei Möglichkeiten zu – wenn auch für einzelne Personen sicher in unterschiedlicher Weise. Der Aktionsraum der Men-

schen wird wesentlich durch die Achse Wohnen – Arbeiten strukturiert. Indikatoren für die Einbeziehung der anderen Stadthälfte in den Aktionsraum der Bevölkerung beider Stadthälften sind unter anderem das Arbeitspendel-, das Umzugs- und das Einkaufsverhalten der Bevölkerung Berlins. Darauf wird in den folgenden Ausführungen eingegangen.

Arbeitspendelwanderung zwischen den Stadthälften

Die Arbeitspendelwanderung ist in starkem Maße abhängig von der Arbeitsmarktsituation. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in der Region Berlin-Brandenburg befinden sich seit mehreren Jahren in einem einschneidenden Umstrukturierungsprozeß, dessen negative Auswirkungen in den letzten Jahren durch die schleppende gesamtdeutsche Konjunktur verschärft wurde. Kennzeichen dieses Prozesses sind die starke Reduzierung der Arbeitsplätze

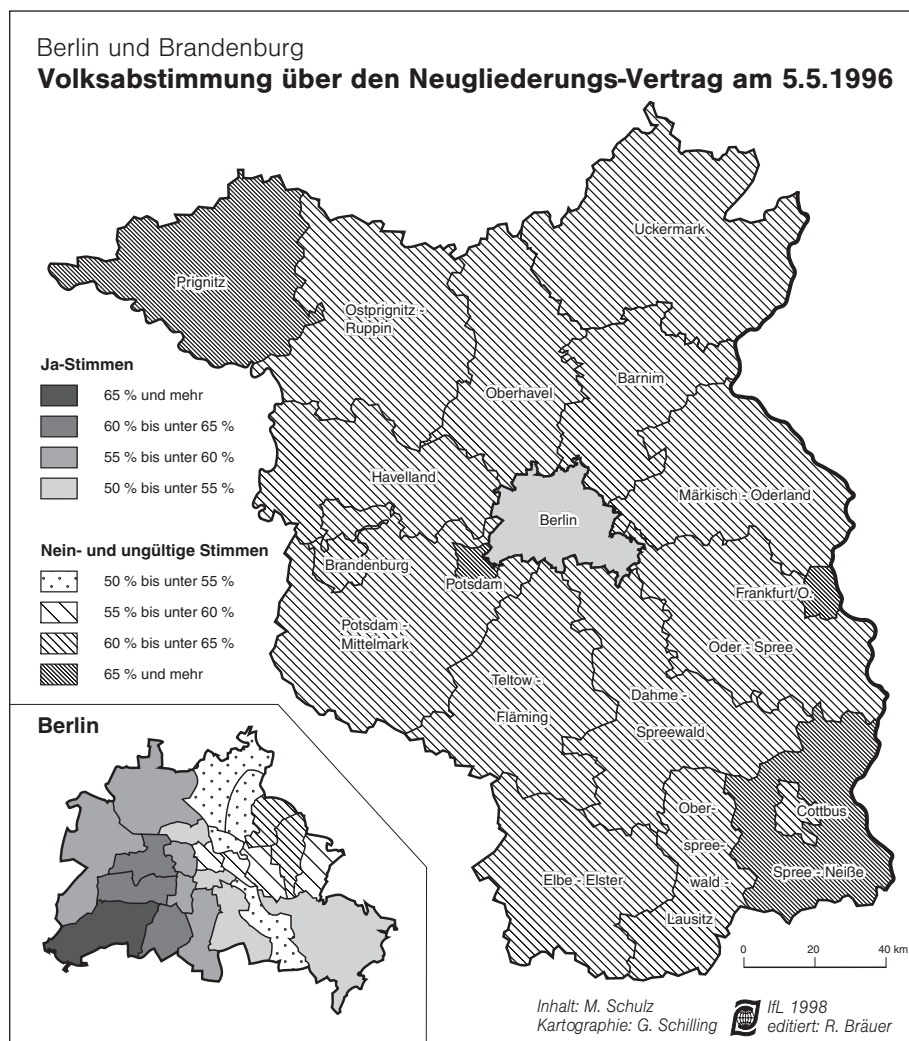


Abb. 5: Abgegebene Stimmen bei den Volksabstimmungen in den Ländern Berlin und Brandenburg am 5. Mai 1996 über den Neugliederungs-Vertrag

Quelle: Volksabstimmungen am 5. Mai 1996 – Endgültige Ergebnisse. Gemeinschaftsveröffentlichung Berlin/Brandenburg, Heft 4

Jahr	Berlin-West		Berlin-Ost	
	Erwerbstätige (Durchschnitt in 1000)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Erwerbstätige (Durchschnitt in 1000)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1989	935		857	
1990	974	4,2	762	-11,1
1991	1.038	6,6	628	-17,5
1992	1.066	2,6	533	-15,2
1993	1.061	-0,4	520	-2,6
1994	1.054	-0,6	503	-3,4
1995	1.038	-1,6	495	-1,5
1996	1.008	-2,8	476	-3,9

Tab. 5: Erwerbstätige in Berlin-West und Berlin-Ost 1989-1996

Quelle: Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin 1997

in Berlin-Ost und im Land Brandenburg und der Sachverhalt, daß sich die Arbeitskräfte von Berlin-West von denen in Berlin-Ost und im Land Brandenburg hinsichtlich ihrer Qualifikationsstruktur deutlich unterscheiden. Hinzu kommt die Verschiedenartigkeit des Lohngefüges einerseits zwischen Berlin-West und Berlin-Ost und andererseits zwischen Berlin-Ost und dem Land Brandenburg.

Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in den beiden Stadthälften seit 1989 zeigt *Tabelle 5*. Die Wirtschaft von Berlin-Ost und der neuen Bundesländer war nach 1989 zusammengebrochen. Dies führte zu einer dramatischen Abnahme der Erwerbstätigen. 1996 betrug die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin-Ost nur noch 55,5 % von 1989. Die Zunahme der Erwerbstätigen in Berlin-West bis zum Jahre 1992 resultierte aus dem wirtschaftlichen Aufschwung, der durch die Wiedervereinigung bedingt war. Die bundes- und weltweite Konjunkturkrise spiegelt sich ab 1993 in der Abnahme der Erwerbstätigen wider. Hinzu kam der schrittweise Abbau der Bundeshilfe und der damit verbundenen Standortpräferenzen für Berlin. Einzelne Betriebe und Filialen wanderten in das Umland der Stadt oder in die Länder Osteuropas (SCHERF u. VIEHRG 1995) ab. 1996 war die Zahl der Erwerbstätigen trotz der Abnahme seit 1993 um 7,8 % größer als 1989.

Neben den quantitativen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt vollzogen sich erhebliche Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur (*Abb. 6*). Der Deindustrialisierungsprozeß spielte dabei die Hauptrolle. Das produzierende Gewerbe hatte in beiden Stadthälften sowohl eine absolute als auch eine prozentuale Abnahme zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe sank in dem Zeitraum von 1989-1996 in Berlin-West um rund 54.000 und in Berlin-Ost um rund

154.000 Personen. Der Anteil der Erwerbstätigen dieses Wirtschaftsbereiches sank von 30,5 % auf 23,0 % in Berlin-West und

in Berlin-Ost von 31,1 % auf 23,7 %. Lediglich im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen ist in beiden Stadthälften eine Zunahme der absoluten Zahl als auch des Anteils der Erwerbstätigen feststellbar. 1996 betrug der Anteil der Erwerbstätigen in Dienstleistungsunternehmen in beiden Stadthälften rund 28 %. In Berlin-West ist seit 1989 die Zahl der Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich – Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Gelderlöse – um 7,8 % gestiegen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen, gemessen an der Erwerbsquote, d. h. dem Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbstätigen Alter, liegt in beiden Stadthälften über dem Bundesdurchschnitt. Die Erwerbsbeteiligung in Berlin-Ost betrug 1996 75,5 % und in

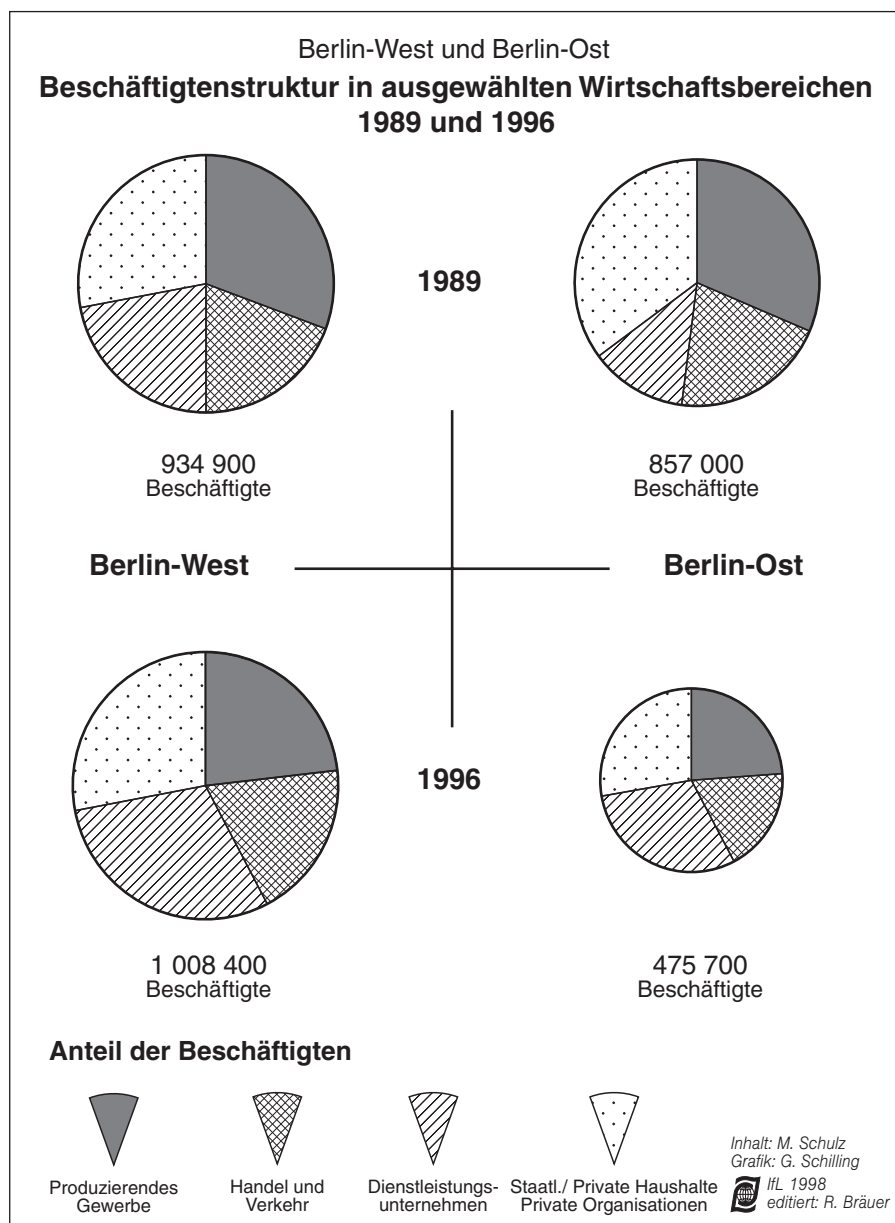


Abb. 6: Beschäftigtenstruktur in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Berlin-West und Berlin-Ost 1989 und 1996

Quelle: Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin 1997

Jahr	Berlin-West		Berlin-Ost	
	absolut	Quote	absolut	Quote
1991	92.908	9,4	87.045	12,2
1992	109.037	11,1	98.022	14,3
1993	120.884	12,3	83.040	13,7
1994	129.691	13,3	80.438	13,0
1995	137.822	14,3	75.561	12,4
1996	149.801	15,8	86.198	14,5

Tab. 6: Arbeitslose und Arbeitslosenquote Berlins 1991-1996

Quelle: Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg 1997

Berlin-West 66,7 %, während sie in den neuen Bundesländern 73,3 % und in den alten Bundesländern 59,7 % betrug. Seit 1991 ist sowohl die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Berlin-Ost von 80,6 % auf 75,5 % als auch die in Berlin-West von 68,5 % auf 66,7 % gesunken. Die Gründe für die hohe Erwerbsbeteiligung sind vielfältig. Neben dem hohen gesellschaftlichen Stellenwert der Frauenerwerbsarbeit insbesondere in Berlin-Ost sind auch wirtschaftliche Notwendigkeiten von Bedeutung. Diese Tatsache drückt sich auch in der Mobilität aus. Frauen pendeln zwar nicht so häufig wie Männer, aber 1996 waren 43,2 % der Arbeitspendler von Brandenburg nach Berlin Frauen (Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg 1997).

Mit dem Abbau der Arbeitsplätze in der Stadt ist trotz des sehr umfangreichen Einsatzes solcher arbeitsmarktpolitischer Instrumente wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Maßnahmen der produktiven Arbeitsförderung und berufliche Weiterbildung die Zahl der Arbeitslosen stetig angestiegen (Tab. 6).

1996 waren in der Stadt insgesamt 236.000 Personen arbeitslos. Bis zum Dezember des Jahres 1997 war die Zahl auf rund 276.000 Personen angewachsen (Berliner Zeitung 10./11. Januar 1998). In Berlin-West ist die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote seit 1991 ständig gestiegen. Seit 1994 ist die Quote in dieser Stadthälfte höher als in Berlin-Ost. Ursache dafür ist die unterschiedliche Qualifikationsstruktur der Personen im erwerbsfähigen Alter in beiden Stadthälften. Die Beschäftigtenstruktur von Berlin-West war bis 1990 durch einen hohen Anteil der Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung gekennzeichnet. Die Gastarbeiter der 60er und frühen 70er Jahre übernahmen in der Stadt die am wenigsten attraktiven Arbeitsplätze, für die keine deutschen Arbeitskräfte gewonnen werden konnten. Dieser Sachverhalt spiegelt sich in dem Anteil der ungelernten Arbeitskräfte wider. 1991 betrug der Anteil der Nichtfach-

arbeiter bei sozialversicherungspflichtig beschäftigten Nicht-Deutschen 65 % und bei Deutschen 25 % (Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin 1994).

Bei den Nicht-Deutschen ist der hohe Anteil der Beschäftigten mit rund 49 % im produzierenden Gewerbe charakteristisch. Wesentlich stärker als die deutsche Bevölkerung von Berlin-West sind Nicht-Deutsche von der Arbeitslosigkeit betroffen. Setzt man die Arbeitslosigkeit von 1989 sowohl für die Deutschen und die Nicht-Deutschen der Bevölkerung von Berlin-West mit 100 an, so verringerte sie sich für beide Gruppen im Jahre 1990 fast in gleicher Höhe, um dann unterschiedlich stark anzusteigen auf 132 für Deutsche und auf 191 für Nicht-Deutsche im Jahre 1993. Diese Entwicklung hält weiterhin an (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie 1995).

Seit der Maueröffnung hat sich durch die Konkurrenz der Arbeitnehmer aus Berlin-Ost und dem Land Brandenburg die Arbeitsmarktsituation der nicht-deutschen Arbeitnehmer drastisch verschlechtert. Viele nicht-deutsche Arbeitnehmer sind im Laufe der Zeit vom Arbeitsmarkt durch höher qualifizierte Personen aus Berlin-Ost und dem Land Brandenburg insbesondere aus dem engeren Verflechtungsraum verdrängt worden. Ausdruck dieses Sachverhaltes ist die Tatsache, daß 79 % der nicht-deutschen Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie 1995). Hinzu kommt, bedingt durch den Strukturwandel in der Wirtschaft, die starke Abnahme der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, in dem der Anteil der Nicht-Deutschen relativ hoch war.

Eine wichtige Rahmenbedingung des Arbeitsmarktes ist das unterschiedliche Lohngefüge zwischen Berlin-West und Berlin-Ost einerseits und zwischen Berlin-Ost und dem Land Brandenburg andererseits. Seit 1990 haben sich deutliche Angleichungsprozesse im Lohngefüge

	Bruttomonatsverdienst	
	Januar 1991	Oktober 1995
Industriearbeiter		
Berlin-West	3.367	4.389
Berlin-Ost	1.695	3.748
Anteil Berlin-Ost an Berlin-West in %	50,3	85,4
Industriearbeitslose		
Berlin-West	5.006	6.160
Berlin-Ost	1.924	5.144
Anteil Berlin-Ost an Berlin-West in %	38,4	83,5
Großhandel		
Berlin-West	3.946	4.839
Berlin-Ost	1.901	4.101
Anteil Berlin-Ost an Berlin-West in %	48,2	84,7
Einzelhandel		
Berlin-West	3.131	3.862
Berlin-Ost	1.562	3.545
Anteil Berlin-Ost an Berlin-West in %	49,9	91,8

Tab. 7: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste (DM) der Arbeitnehmer in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) und der Angestellten im Handel in Berlin-West und Berlin-Ost 1991 und 1995

Quelle: WUNDERLICH 1996

vollzogen, jedoch existieren in vielen Wirtschaftsbereichen auch 1998 noch Unterschiede. Tabelle 7 belegt die Unterschiede für die Industrie und den Handel zwischen 1991 und 1995.

Solange dieses unterschiedliche Lohngefüge existiert, werden Erwerbstätige von Berlin-Ost oder aus dem Land Brandenburg bestrebt sein, eine Tätigkeit in Berlin-West aufzunehmen. Einige Arbeitgeber in Berlin-West haben diese Situation in ihrem Interesse ausgenutzt und Erwerbstätige aus Berlin-Ost oder dem Land Brandenburg für einen Lohn eingestellt, der über dem Niveau in Berlin-Ost bzw. im Land Brandenburg, aber unter dem für Arbeitnehmer aus Berlin-West liegt. Die Angleichung des Lohnes in der privaten Wirtschaft ist abhängig von der Branche und den Wirtschaftsbereichen². Wegen der dargestellten Sachverhalte ist die Zahl der Personen, die von Berlin-Ost nach Berlin-West zur Arbeit pendeln, wesentlich größer als die Zahl der Personen, die in der umgekehrten Richtung pendeln (Abb. 7). Das unter-

² Die Angestellten und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes Berlins erhalten seit 1996 gleichen Lohn, dieser ist jedoch höher als der der Angestellten und Arbeiter im Öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg.

Berlin und engerer Verflechtungsraum Schema der Arbeitspendlerbeziehungen 1996

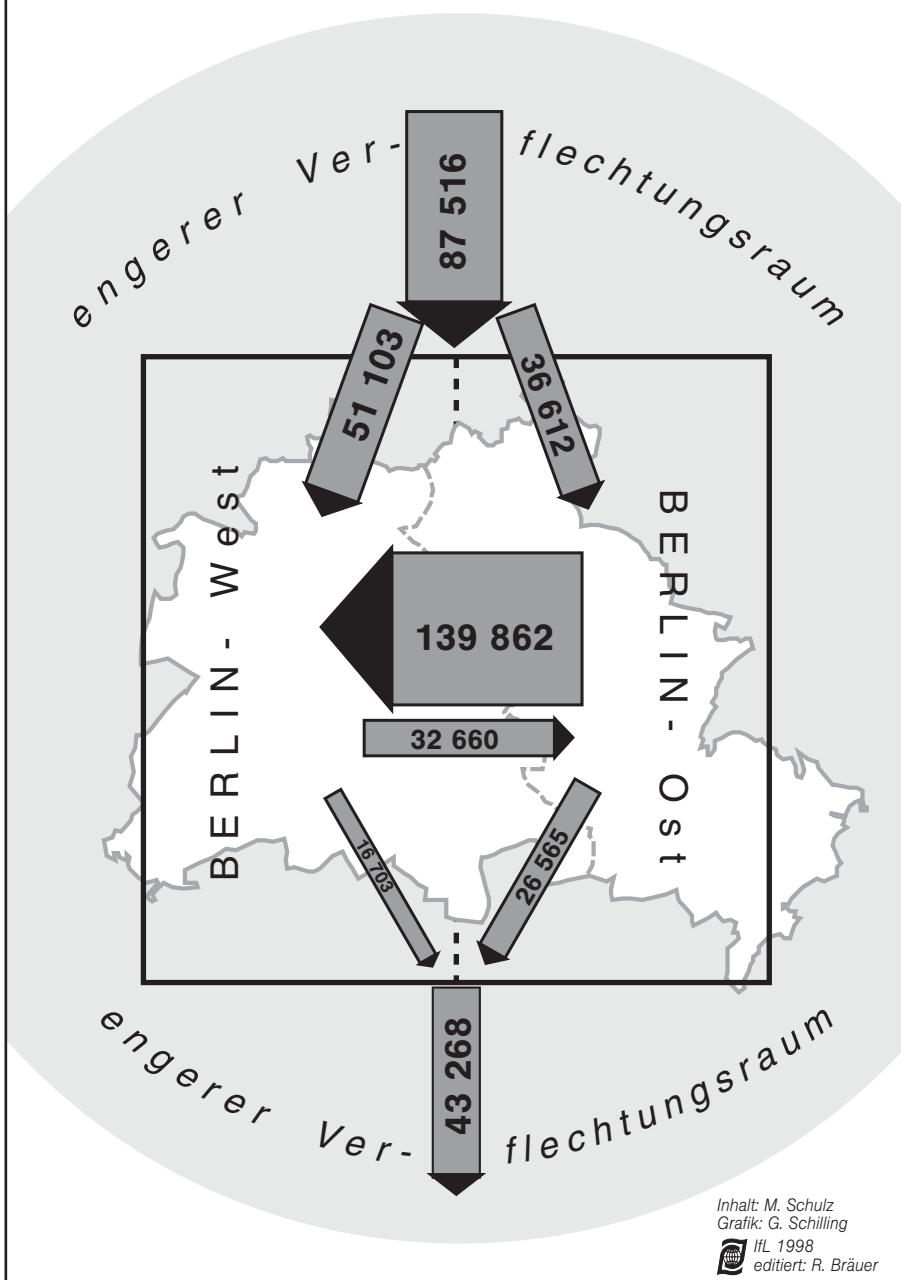


Abb. 7: Arbeitspendlerbeziehungen zwischen Berlin-West und Berlin-Ost und dem engeren Verflechtungsraum 1996

Quelle: Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin Brandenburg 1997

schiedliche Lohngefüge und der starke Abbau der Arbeitsplätze in Berlin-Ost und dem Land Brandenburg spiegelt sich auch in der Zahl der Einpendler aus dem Land Brandenburg wider. 1996 pendelten 104.142 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte vom Land Brandenburg nach Berlin, davon 57 % nach Berlin-West. Rund 85 % der Einpendler aus dem Land Brandenburg haben im engeren Verflechtungsraum ihren Wohnsitz. Die Zahl der Einpendler Berlins hat sich durch den zunehmenden Suburbanisierungsprozeß der

Bevölkerung Berlins ständig erhöht. 1996 hatten 5,6 % der Erwerbstätigen Berlins ihren Wohnort in einer Gemeinde des engeren Verflechtungsraumes. Die Zahl der Arbeitspendler von Berlin-Ost nach Berlin-West ist seit 1991 ständig gestiegen. Eine Bewegung in die entgegengesetzte Richtung ist seit 1994 durch die Verlagerung von einigen Dienststellen des Berliner Senates feststellbar (Tab. 8).

Untersuchungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt bis zum

Jahr	Arbeitspendler aus Berlin-Ost	Arbeitspendler aus Berlin-West
1991	76.003	–
1992	93.520	–
1993	115.390	–
1994	127.948	17.942
1995	132.344	24.655
1996	139.862	32.660

Tab. 8: Arbeitspendler zwischen Berlin-West und Berlin-Ost 1991-1996

Quelle: Angaben des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg 1997

Jahre 2010 prognostizieren eine weitere Abnahme des Beschäftigungsangebotes in der Industrie. Die damit verbundene Abnahme der Beschäftigtenzahl kann nur durch ein Arbeitsplätzenangebot in Dienstleistungsunternehmen kompensiert werden kann. Der öffentliche Sektor muß aus Kostengründen seinen Personalbestand stark verringern, so daß ein weiterer Beschäftigungsrückgang wahrscheinlich ist. Berlin wird als Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland politisch aufgewertet. Die direkten Beschäftigungseffekte des Umzuges der Regierung von Bonn nach Berlin werden als gering eingeschätzt. Die indirekten Effekte durch die Verlagerung von Botschaften, Parteizentralen und Interessenvertretungen nach Berlin sind weitaus größer und werden zu einer Expansion des Dienstleistungsbereiches beitragen. Unter der Voraussetzung, daß diese Annahmen der Realität entsprechen, wird die Arbeitslosigkeit in der Stadt mittelfristig nicht abnehmen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1996).

Umzüge zwischen Berlin-West und Berlin-Ost

In den Jahren von 1991 bis 1996 haben insgesamt rund 99.000 Personen ihren Wohnort von Berlin-West nach Berlin-Ost verlagert und rund 85.000 haben in umgekehrter Richtung ihren Wohnort verändert. Die innerstädtischen Umzüge zwischen den Stadthälften sind seit 1991 ständig gestiegen. Während 1991 rund 3 % aller Umzüge in der jeweiligen anderen Stadthälfte ihren Zielort hatten, war es 1996 bereits jeder zehnte Umzug. Insgesamt ist also die Umzugsmobilität der Bewohner beider Stadthälften mit dem Zielort des neuen Wohnsitzes in der anderen Stadthälfte gering ausgeprägt. Diese Tatsache läßt sich dadurch erklären, daß historisch bedingt, in Berlin eine starke Orientierung auf die einzelnen Ortsteile und Stadtteile existiert. So zeigten Befragungen in Wohngebieten sowohl in Altbau-

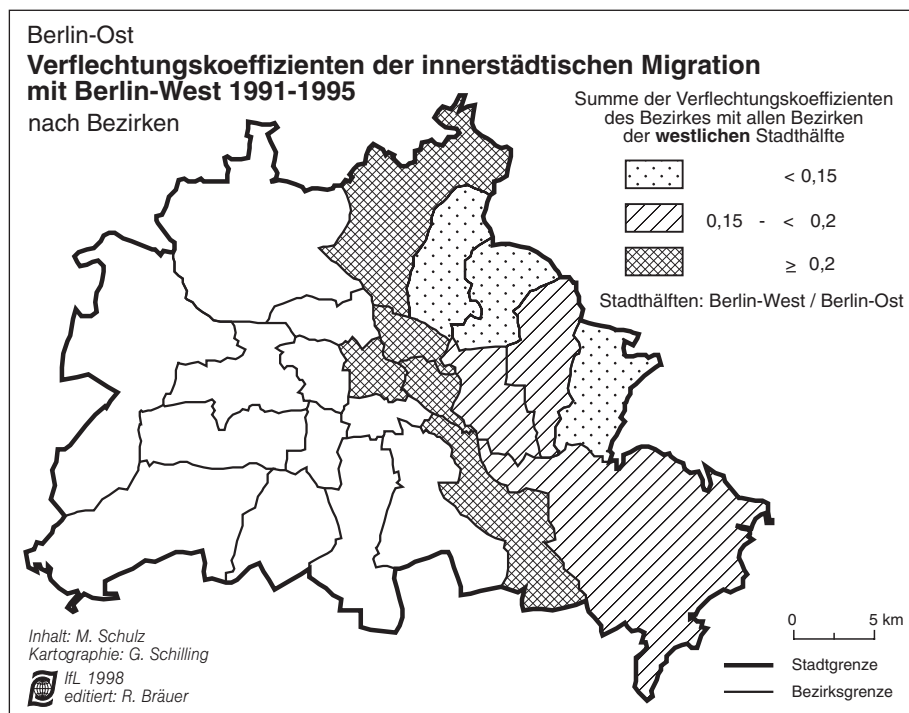


Abb. 8.1: Verflechtungskoeffizienten der Bezirke von Berlin-Ost mit Berlin-West der innerstädtischen Migration 1991-1995

Quelle: errechnet nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin

und Neubaugebieten von Berlin-Ost in den Jahren 1992/93, daß von den befragten Haushalten, die einen Umzug beabsichtigen, 40-50 % im Wohngebiet bleiben und nur 2-9 % nach Berlin-West ziehen wollten (DÜSTERWALD et al. 1994). Befragungen in denselben Wohngebieten in den Jahren 1996/97 erbrachten keine

anderen Ergebnisse, denn von den umzugswilligen befragten Haushalten wollten rund 45 % im Wohngebiet bleiben und nur rund 4 % in die andere Stadthälfte ziehen.

Insgesamt ist die Umzugsmobilität der Bewohner von Berlin-Ost mit einem Zielort in der anderen Stadthälfte deutlich hö-

her als die der Bevölkerung von Berlin-West. Eine Ursache dafür könnte die unterschiedliche Arbeitspendelwanderung sein. Es ist ein leichtes Einsickern der Bevölkerung beider Stadthälften in die jeweilige andere Stadthälfte festzustellen. Bei der Betrachtung des Umzugsverhaltens ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß in der Stadt wegen der unterschiedlichen Zugangsbedingungen der Wohnungsteilmärkte für die Bevölkerung beider Stadthälften noch kein einheitlicher Wohnungsmarkt existiert (SCHULZ 1997). Die unterschiedlichen Zugangsbedingungen waren wegen der unterschiedlichen Einkommensstruktur der Haushalte in den beiden Stadthälften notwendig. Mit der zunehmenden Angleichung der Einkommensstruktur der Haushalte (Abb. 4) sind wesentliche Voraussetzungen für einen einheitlichen Wohnungsmarkt gegeben. Seit Beginn des Jahres 1998 ist die Mietpreisbindung in Berlin-Ost aufgehoben und wie in Berlin-West das Vergleichsmietensystem eingeführt.

Die intensivsten Verflechtungsbeziehungen hinsichtlich des Umzugsverhaltens in der Stadt besaßen in dem Zeitraum von 1991 bis 1995 die Bezirke Berlins, die an einen Bezirk der anderen Stadthälfte grenzen (vergl. Abb. 8.1 und 8.2). Dieser Sachverhalt ist für Berlin-Ost stärker ausgeprägt als für Berlin-West. Damit weisen die Bezirke Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain, Pankow und Treptow die engsten Umzugsbeziehungen zu Berlin-West und Neukölln, Reinickendorf und Wedding die engsten Umzugsbeziehungen zu Berlin-Ost auf. Bei den Zielbezirken dominieren jeweils die angrenzenden Bezirke der anderen Stadthälfte. Zielbezirke sind nicht die Bezirke in der Stadt, in denen sich in den letzten Jahren der Wohnungsneubau konzentrierte, sondern es dominieren die Bezirke mit einem hohem Anteil von Wohnungen im Altbau Bestand, insbesondere die Bezirke der Innenstadt. Beispielsweise zog in dem Zeitraum von 1991 bis 1995 jede 5. Person, die von Berlin-West nach Berlin-Ost zog, in den Innenstadtbezirk Prenzlauer Berg.

Hinsichtlich der Altersstruktur der umziehenden Personen dominieren in beiden Richtungen Personen in einem Alter von 18 bis unter 45 Jahren. Dabei ist deren Anteil mit rund 75 % in der Richtung von Berlin-West nach Berlin-Ost deutlich höher als in der umgekehrten Richtung mit 62 %. Erwachsene Personen, die von Berlin-Ost nach Berlin-West ziehen, sind im Durchschnitt älter als erwachsene Perso-

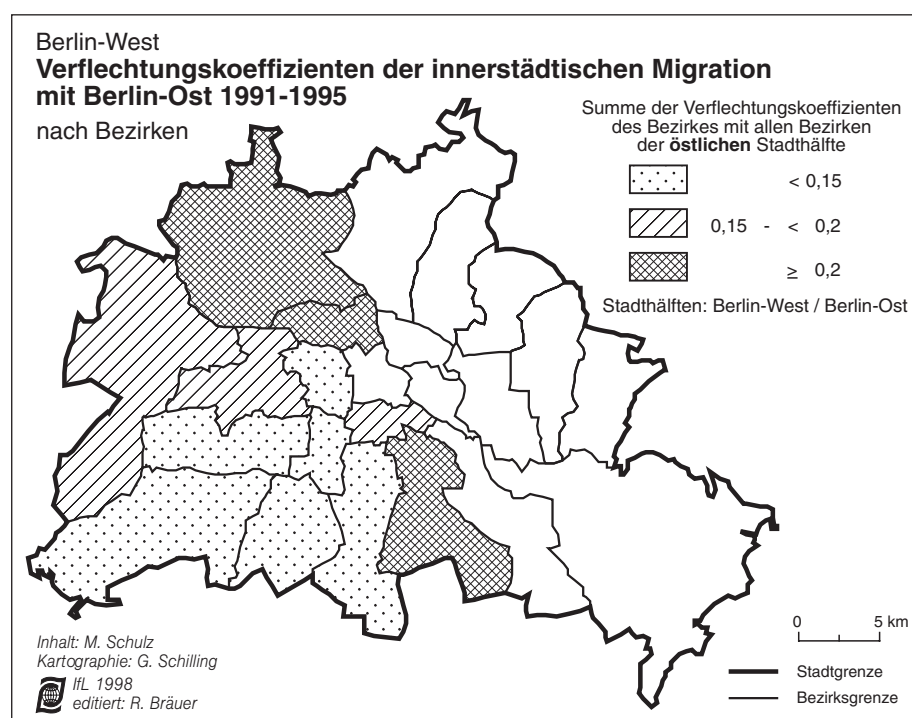


Abb. 8.2: Verflechtungskoeffizienten der Bezirke von Berlin-West mit Berlin-Ost der innerstädtischen Migration 1991-1995

Quelle: errechnet nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin

Migration zwischen Berlin und dem eVr	Migranten (Pers.)				
	1992	1993	1994	1995	1996
Wegzüge aus Berlin	6.477	10.978	16.650	22.369	27.993
Berlin-West	2.915	5.526	8.052	10.748	13.401
Berlin-Ost	3.562	5.452	8.598	11.621	14.592
Zuzüge nach Berlin	5.684	6.414	6.898	7.847	9.234
Berlin-West	1.995	2.773	3.304	4.003	4.534
Berlin-Ost	3.689	3.641	3.594	3.844	4.700
Saldo Berlin	-793	-4.564	-9.752	-14.522	-18.759
Berlin-West	-920	-2.753	-4.748	-6.745	-8.867
Berlin-Ost	127	-1.811	-5.004	-7.777	-9.892

Tab. 9: Migration zwischen Berlin und dem engeren Verflechtungsraum (eVr) 1992-1996
Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes Berlin 1997

nen, die von Berlin-West nach Berlin-Ost umziehen. Diese Tatsache läßt sich damit erklären, daß Haushalte, die von Berlin-Ost nach Berlin-West ziehen, in der Regel wegen der unterschiedlichen Mietgesetzgebung in der Stadt nach ihrem Wohnortswechsel einen höheren Anteil ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für die Miete aufwenden müssen als vorher. Das ist sicher nur solchen Haushalten möglich, die ein höheres Haushaltsnettoeinkommen besitzen. Dieser Sachverhalt gilt eher für Haushalte mit älteren erwachsenen Personen als für Haushalte mit jüngeren erwachsenen Personen. Da der Anteil von Personen im Alter von 18 bis 45 Jahren, die von Berlin-West in die Ostberliner Bezirke Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain ziehen, deutlich über dem Durchschnitt liegt, ist zu vermuten, daß diese Personen in die dort trotz umfangreicher Stadterneuerungsmaßnahmen noch in großer Zahl vorhandenen Substandardwohnungen ziehen. Diese Wohnungen weisen einen relativ niedrigen Mietpreis im gesamten Mietpreisgefüge der Stadt auf.

Seit 1992 ist wegen der veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Prozeß der demographischen Suburbanisierung festzustellen. Die Zahl der aus beiden Stadthälften in den engeren Verflechtungsraum wegziehenden Personen ist ständig gestiegen (SCHULZ u. VOGELNAUER 1996). Die Bewohner beider Stadthälften sind daran beteiligt, wobei die Mobilität der Bevölkerung von Berlin-Ost größer ist als die der Bevölkerung von Berlin-West. So betrug 1992 die Wegzugsrate der Bevölkerung von Berlin-Ost in den engeren Verflechtungsraum 2,8 % und erhöhte sich auf 11,4 % im Jahre 1996. Die Wegzugsrate der Bevölkerung von Berlin-West betrug 1992 nur 1,3 % und erhöhte sich dagegen nur auf 6,2 %. Insgesamt sind von 1992-1996 rund 84.000

Personen von Berlin in den engeren Verflechtungsraum gezogen, davon 51,9 % aus Berlin-Ost (Tab. 9). Der zunehmende Wegzug aus der Stadt bewirkt eine Zunahme der Zahl der Arbeitspendler aus dem engeren Verflechtungsraum.

Einkaufsverhalten

Die Wiedervereinigung und die neue Währung führten bei der Bevölkerung von Berlin-Ost zu einem veränderten Einkaufsverhalten, welches nach 1989 wie im gesamten Gebiet der DDR durch einen erheblichen Nachfrageüberhang geprägt war (KULKE 1997a). Dieser Nachfrageüberhang betraf sowohl den Food- als auch den Non-Food-Bereich. Bedingt durch die Struktur des Einzelhandels in Berlin-Ost erfolgte eine starke Orientierung auf den Einzelhandel in Berlin-West.

Unterschiede im Einzelhandel beider Stadthälften zeigen sich beispielsweise beim Vergleich der Kennziffer Verkaufsraumfläche je Einwohner. Während in Berlin-West 1985 im Durchschnitt 0,87 m² je Einwohner zur Verfügung standen, waren es in Berlin-Ost nur 0,32 m². Innerhalb von Berlin-Ost existierten außerdem sehr große Unterschiede. Besonders gering war die durchschnittliche Verkaufsraumfläche in den großen Neubaubezirken, wie beispielsweise in Hohenschönhausen mit 0,16 m² (KULKE 1997b). Die Orientierung der Bevölkerung auf Berlin-West bewirkte einen deutlichen Anstieg des Einzelhandelsumsatzes von Berlin-West ab Dezember 1989 und noch einmal ab Juli 1990 nach dem Geldumtausch. Durch die Verbesserung der Versorgung der Haushalte von Berlin-Ost mit individuellen Verkehrsmitteln erhöhte sich auch deren räumliche Nachfrageflexibilität.

In den ersten Jahren nach der Aufhebung der Teilung der Stadt konnten in den Stadtteilzentren von Berlin-Ost kaum Flächen zur Ansiedlung von Einzelhandels-

unternehmen bereitgestellt werden. Hindernisse waren u.a. die unklaren Eigentumsverhältnisse, die alte Bebauung und die kleine Parzellierung. Gleichzeitig verfügten die Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes über ein großes Flächenpotential. Sie waren bestrebt, Arbeitsplätze zu schaffen und Gewerbesteuererinnahmen zu erzielen. Die Raumplanung des Landes Brandenburg war in dieser Zeit in einer Umstrukturierungs- und Orientierungsphase und erlaubte fast alle Standorte. Die westlichen Einzelhandelsunternehmen expandierten mit neuerrichteten Betrieben. So entstanden wie in allen neuen Bundesländern großflächig Einkaufszentren. Im Zuge dieser Suburbanisierung erfolgte von 1991-1996 ein enormer Verkaufsflächenzuwachs im engeren Verflechtungsraum Berlins. Ca. 620.000 m² Verkaufsraumfläche entstanden in dieser Zeit in neuen Verbrauchermärkten, Fachmärkten und Shopping-Centern. Das ist mehr als 1991 in Berlin-Ost existierte (KULKE 1997b). Diese neuen Betriebe bewirkten eine Veränderung des Einkaufsverhalten der Bevölkerung beider Stadthälften. Ein großer Teil der Bevölkerung orientierte sich auf diese neuen Standorte außerhalb Berlins. Als Auswirkung ist eine Abnahme des Einzelhandelsumsatzes von Berlin-West festzustellen. Seit 1996 ist eine Reorientierung der Bevölkerung von Berlin-Ost auf die eigenen Stadtteilzentren feststellbar. Ursache für diese Erscheinung ist die Eröffnung neuer Shopping-Center in einzelnen Stadtteilen, wie zum Beispiel in Hohenschönhausen. Damit wird ein großer Teil der Kaufkraft wieder an die Stadt gebunden. Es entwickelt sich ein Zentrensystem in Berlin-Ost, das sich deutlich von dem in Berlin-West unterscheidet. Es sind keine gewachsenen Standorte mit einer individuellen Attraktivität, sondern sie sind durch eine starke Gleichförmigkeit sowohl von der Gestaltung als auch von der Angebotsstruktur gekennzeichnet.

Seit der Aufhebung der Teilung Berlins und der Festlegung Berlins als Regierungssitz sind in der Stadt zahlreiche städtebaulichen Aktivitäten erfolgt, die sowohl nach ihrer Anzahl als auch nach Ausprägung beeindruckend sind. Diese Aktivitäten haben bisher jedoch nicht dazu geführt, daß der deutlich sichtbare „Riß“, der während der Teilung der Stadt durch die unterschiedlichen politisch-ideologischen, technologischen und stadttechnischen Entwicklungen entstanden war, beseitigt wurde. Diese baulich-räumliche Zäsur ist an vielen Orten in der Innenstadt erkennbar, ins-

besondere entlang der ehemaligen Mauer. Neben dem 1994 beschlossenen Flächennutzungsplan waren die erfolgten Planungen seit der Wiedervereinigung im wesentlichen Einzelprojekte. Ein Gesamtkonzept für die Innenstadt mit den beiden unterschiedlichen gestalteten Zentren in Berlin-West und Berlin-Ost wurde nicht erarbeitet. Geplant wurde ausschließlich für unterschiedlich große Teilbereiche der Innenstadt. Erst 1997 wurde durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie ein erster Entwurf für ein Planwerk Innenstadt vorgelegt. Ziel der Diskussion dieses Planwerkes ist die Erstellung eines ganzheitlichen städtebaulichen Konzeptes, das die Funktion und die Gestalt der Berliner Innenstadt festlegt mit der Zielstellung des Abbaues der nach wie vor deutlich sichtbaren Ost-West-Konfrontation bei Berücksichtigung einer nachhaltigen Stadtentwicklung (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Planwerk Innenstadt Berlin 1997).

Zusammenfassung

Insgesamt läßt sich feststellen, daß in der Stadt erhebliche Angleichungsprozesse stattgefunden haben, die noch nicht abgeschlossen sind. Die Stadt und deren Bewohner sind noch durch die fast 50jährige politische Teilung entscheidend geprägt. Die Lebenszusammenhänge und Aktionsräume über das Arbeiten hinaus orientieren sich nach wie vor im wesentlichen auf die jeweilige Stadthälfte. Die Größe der Stadt, die polyzentrische Struktur und die historisch bedingte Orientierung auf die Ortsteile Berlins werden an dieser Feststellung kaum etwas ändern. Bei Berücksichtigung der insgesamt veränderten ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen ist eine Angleichung an die Beziehungen zwischen den einzelnen Stadtteilen wie vor der Teilung der Stadt spürbar. Die Stadt gewinnt unter schwierigen Bedingungen langsam Normalität.

Literatur:

- Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin (1994): Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik, Berlin.
- BELOW, S. (1993): Binnenwanderung in Berlin im ersten Jahr nach der Vereinigung. In: Berliner Statistik 47, H.4, S. 82-94.
- Berliner Zeitung (1998): Arbeitslosenzahl auf Rekordniveau. 10./11. Januar 1998. S. 26. Berlin.
- BERTELS, L., u. U. HERLYN (Hrsg.) (1990): Lebenslauf und Raumerfahrung, Band 9 der Reihe Biographie und Gesellschaft, Opladen.
- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (1964): Ulbrichts Mauer – Zahlen, Fakten, Daten. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (1996): Informationen zur politischen Bildung 240, Hauptstadt Berlin. Bonn.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996): Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin. In: Wochenbericht Nr. 37, S. 607-613. Berlin.
- DÜSTERWALD, C., et al. (1994): Transformationsprozesse im Bereich des Wohnens in Berlin-Ost. Berliner Geographische Arbeiten, H. 81.
- FRIEDRICHS, J. (1990): Aktionsräume von Stadtbewohnern verschiedener Lebensphasen. In: BERTELS, L., u. U. HERLYN (Hrsg.) (1990)
- FUDERHOLZ, G. (1997): Abschied von der Mieterstadt. In: Stadtforum 25, S.12-14.
- GOTTWALDT, A. (1994): Das Berliner U- und S-Bahnnetz. Eine Geschichte in Streckenplänen, Berlin.
- HERTLE, H.-H. (1996): Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989. Berlin.
- HOFMEISTER, B. (1990): Berlin (West). Darmstadt, Gotha.
- KULKE, E. (1997a): Aspekte des Transformationsprozesses im Einzelhandel Osteuropas. In: Die Erde, 128, Heft 3. S. 173-189.
- KULKE, E. (1997b): Großflächige Einzelhandelszentren im Umland von Berlin. Vortrag auf dem 9. Symposium der Fachgruppe Geographie und Raumplanung der Gesellschaft für Deutschlandforschung e. V. (GfD), Berlin – Brandenburg. Raum- und Kommunalentwicklung im Spannungsfeld von Metropole, Umland und ländlichem Raum (7. und 8. November 1997 in Henningsdorf).
- Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg (1997): Jahresbericht über die Situation der Frauen am Berliner und Brandenburger Arbeitsmarkt 1996. Berlin.
- LEITINGER, J. (1997): Der Mauerstreifen in Berlin von 1990 bis 1997 – Unmittelbare Erkundung eines Raumwandels, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.
- SCHERF, K., u. H. VIEHRIG (Hrsg.) (1995): Berlin und Brandenburg auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft, Gotha.
- SCHULZ, M. (1997): Transformationsprozesse im Bereich des Wohnens und deren räumliche Wirkung am Beispiel Berlin. In: MEYER, G. (Hrsg.): Von der Plan- zur Marktwirtschaft. Wirtschafts- und sozialgeographische Entwicklungsprozesse in den neuen Bundesländern. Mainzer Kontaktstudium Geographie, Band 3, S. 67-76.
- SCHULZ, M., u. T. VOGENAUER (1996): Ausgewählte Erscheinungen der Bevölkerungssuburbanisierung in der Stadtregion Berlin. In: GEWAND, O., PETERS, J., u. M. SCHULZ (Hrsg.): Aktuelle Entwicklungen in den Städten Amsterdam und Berlin – Soziologisch-geographische Betrachtungen. Berliner Geographische Arbeiten, Heft 83, S. 47-54.
- Senatsverwaltung für Gesundheit Berlin (1995): Sozialstrukturatlas Berlin, Berlin.
- Senatsverwaltung für Gesundheit Berlin (1997): Sozialstrukturatlas Berlin – Fortschreibung 1997, Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (1995): Migration. Berlin: Zuwanderung, gesellschaftliche Probleme, politische Ansätze. Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (1997): Planwerk Innenstadt – Ein erster Entwurf. Berlin.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Groß-Berlin (1961): Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1961. Berlin.
- Statistisches Landesamt Berlin (1951): Berlin in Zahlen 1951. Berlin.
- Statistisches Landesamt Berlin (1953-1960)(1996): Statistisches Jahrbuch Berlin der Jahrgänge 1953-1960 und 1996. Berlin.
- Statistisches Landesamt Berlin (1991)(1993) (1996): Berlin Statistik 1991, 1993, 1996. Berlin.
- Statistisches Landesamt Berlin, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (1996): Gemeinschaftsveröffentlichung Berlin/Brandenburg – Volksabstimmungen am 5. Mai 1996. Berlin, Potsdam.
- Umlandverband Frankfurt, Rhein-Main Agentur (1993): Ansichten zur Region. Band 3. Image-Studie. Region Rhein Main. Frankfurt am Main.
- WAGNER, M. (1990): Regionale Herkunft und Lebenslauf. In: BERTELS, L., u. U. HERLYN (Hrsg.) (1990).
- WAGNER, W. (1996): Kulturschock Deutschland. Bonn.
- WEKEL, J. (1997): Berlin auf dem Weg zur Bundeshauptstadt. Aufgaben, Ziele und Projekte der städtebaulichen Entwicklung einer Metropole im Wandel. In: EHLERS, E. (Hrsg.): Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte. Festschrift zum 51. Deutschen Geographentag Bonn 1997. Bonn. S. 35-57.
- WUNDERLICH, H.. (1996): Die Entwicklung der Verdienste im West- und Ostteil Berlins seit der Vereinigung. In: Berliner Statistik 50, H. 12, S. 174-182.

Autorin:

Prof. Dr. MARLIES SCHULZ,
Geographisches Institut der Humboldt-Universität zu Berlin,
Unter den Linden 6,
Sitz: Chausseestr. 86,
D-10099 Berlin.